

SWS Schüllermann und Partner AG

SWS • Schüllermann und Partner AG
Robert-Bosch-Straße 5 • 63303 Dreieich

Gemeinde Glashütten
Frau Heil
Schloßborner Weg 2
61479 Glashütten

Telefon: 06103 605-0
Telefax: 06103 610-24
E-Mail: info@schuellermann.de

Ihr Kontakt:
Herr Kellner
Durchwahl: -590
E-Mail:
markus.kellner@schuellermann.de

Wi/Ke/Ds
03: GLH 1041208

3. November 2017

Angebot für eine Gebührenbedarfsberechnung für den Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Vergleichsberechnung nach unterschiedlichen Szenarien

Angebot Nr.: 170862

Sehr geehrte Frau Heil,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes und das damit in uns gesetzte Vertrauen, möchten wir uns zunächst herzlich bedanken. Gerne sind wir bereit, die oben genannten Dienstleistungen für die Gemeinde Glashütten durchzuführen.

Inhalt und Honorar für unsere Dienstleistungen ergeben sich aus dem beiliegenden Angebot.

Für zwischenzeitliche Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne, auch für ein persönliches Gespräch, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

i. V. 
Markus Kellner

SCHÜLLERMANN

SWS Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Gemeinde Glashütten

.....

Angebot

für eine Gebührenbedarfsberechnung für den
Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen
sowie Vergleichsberechnung nach
unterschiedlichen Szenarien

.....

Inhaltsverzeichnis

1. AUFTRAG UND AUFTRAGSUMFANG.....	2
2. AUFTRAGSMODALITÄTEN	3
BERATUNGSTEAM.....	3
HONORAR UND RECHNUNGSSTELLUNG / VERGÜTUNGSVEREINBARUNG	3
MITWIRKUNG DES AUFTRAGGEBERS.....	4
SCHUTZ DES GEISTIGEN EIGENTUMS DES AUFTRAGNEHMERS.....	5
AUFTRAGSBEDINGUNGEN	5
SCHRIFTFORM.....	5
GÜLTIGKEIT DES ANGEBOTES.....	5

1. Auftrag und Auftragsumfang

Aufgrund Ihrer Anfrage erlauben wir uns, das folgende Angebot

für eine Gebührenbedarfsberechnung für den Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Vergleichsberechnung nach unterschiedlichen Szenarien

für die Gemeinde Glashütten abzugeben.

Ausgehend von dem derzeitigen Gebührenmodell der Gemeinde Glashütten und einer auf dem Ist-Zustand beruhenden Gebührenbedarfsberechnung nach HKAG, soll in Absprache mit der Gemeindeverwaltung Glashütten insbesondere das Szenario der geplanten Kostenbefreiung der Kinderbetreuung in das bestehende Gebührenmodell eingearbeitet werden.

Anhand ggf. weiterer festzulegender, alternativer Szenarien (z. B.: kostenlose Vormittagsbetreuung; gesonderte Berechnung zusätzlicher Wahlleistungen) festzulegende Öffnungszeiten, Kostendeckungsgrade, sollen entsprechende Gebührensätze ermittelt werden.

Unsere Beratungsleistungen schließen die Aufbereitung der für die Gebührenkalkulation erforderlichen Kalkulationsschemata in Form von Excel-Berechnungsdateien ein. Diese werden individuell auf die Bedürfnisse der Gemeinde Glashütten zugeschnitten.

Im Anschluss folgt die Erfassung und Einarbeitung der benötigten Quelldaten aus unterschiedlichen Leistungsbereichen der Gemeinde Glashütten. Beispielhaft zu nennen sind die Bereiche Finanzen sowie der gemeindliche Bauhof.

Zur Sicherstellung einer zeitnahen und wirtschaftlichen Auftragsabwicklung wird ein Projektplan festgelegt, dieser beinhaltet die zu erledigenden Arbeitsschritte mit Zeitvorgabe und Definition der Zuständigkeiten („Wer erledigt was bis wann?“).

2. Auftragsmodalitäten

Beratungsteam

Für die Abwicklung der oben aufgeführten Dienstleistungen, werden Herr Dipl.-Kfm. Markus Keller, Manager, sowie Frau Dipl.-Betriebswirtin (FH) Andrea Heub, Projektleiterin, verantwortlich sein.

Honorar und Rechnungsstellung / Vergütungsvereinbarung

Beratungsleistungen hängen in hohem Maße von der konkreten Aufgabenstellung und dem Ausmaß der Mitarbeit des Auftraggebers ab. Die vorliegende komplexe Aufgabenstellung erfordert den durchgängigen Einsatz von hochqualifizierten Mitarbeitern.

Ein Arbeitstag (Beratertag) zählt acht (8) Arbeitsstunden und wird von uns mit einem Tagessatz in Höhe von EUR 1.015,00 in Rechnung gestellt.

Wir schätzen unseren Zeitaufwand für die Gebührenkalkulation derzeit auf rund **7,5 Tagewerke**. Daraus ergibt sich insgesamt ein Honorarvolumen in Höhe von **EUR 7.612,50**.

Für jede Vergleichsberechnung nach einem vorher vereinbarten Szenario rechnen wir mit einem Zeitaufwand von 1,5 Tagewerke und einem Honorarvolumen in Höhe von EUR 1.522,50.

Hinzu kommt die gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von derzeit 19 %.

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Verteilung der Beratertage auf die wesentlichen Arbeitsschritte bzw. Arbeitspakete im Projektverlauf.

Reisekosten werden gesondert abgerechnet. Fahrtzeiten zählen als Arbeitszeiten. Für Fahrten mit dem Pkw erlauben wir uns, eine Kilometerpauschale von EUR 0,41 je gefahrenem Kilometer abzurechnen.

Aus berufsständischen Gründen sind wir gehalten darauf hinzuweisen, dass sich das Honorar bei Eintritt von für den Berater nicht vorhersehbaren Umständen im Bereich des Auftraggebers, welche zu einer erheblichen Steigerung des Beratungsaufwandes führen, erhöhen kann.

Sollten sich wider Erwarten Schwierigkeiten bei der Auftragsdurchführung ergeben, werden wir Sie umgehend informieren, damit ergänzende Absprachen getroffen werden können.

Sollte bei der Ausführung der Arbeiten der erforderliche Zeitaufwand geringer sein als ursprünglich veranschlagt, so berechnen wir selbstverständlich den geringeren Zeitaufwand.

Für ergänzende Beratungsdienstleistungen, z. B. die Teilnahme an Sitzungen der gemeindlichen Gremien, rechnen wir entsprechend der Qualifikation der eingesetzten Mitarbeiter derzeit Stundensätze zwischen EUR 114,00 und EUR 177,00 ab. Unsere Kostensätze werden jährlich zum 1. Januar entsprechend der aktuellen Preissteigerung angepasst.

Hinzu kommt die gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von derzeit 19 %.

Entsprechend dem Leistungsfortschritt können nach Abschluss einzelner Dienstleistungen á-conto Zahlungen angefordert werden.

Mitwirkung des Auftraggebers

Der Zeitaufwand für die Beratungsleistungen wird wesentlich bestimmt durch Art und Umfang der vorbereiteten Unterlagen zur Datenerfassung sowie der Mitwirkung des verantwortlichen Personals und der zügigen Bereitstellung von Informationen und Unterlagen.

Wir gehen davon aus, dass wir zur rationellen Gestaltung des innerbetrieblichen Ablaufs auftragsbezogene Informationen und Daten in elektronisch verwalteten Dateien speichern und auswerten dürfen.

Im Rahmen unseres Auftragsverhältnisses werden zur Erleichterung und Beschleunigung der Auftragsabwicklung Informationen und Daten auch auf elektronischem Weg ausgetauscht.

Dabei ist bekannt, dass Daten, die über Internet versendet werden, nicht zuverlässig gegen Zugriffe Dritter geschützt werden, verloren gehen, verzögert übermittelt oder mit Viren befallen sein können. Vereinbarungen über Verschlüsselungstechniken u. a. werden ggf. gesondert getroffen.

Für mündliche Auskünfte und Ratschläge haften wir nur, soweit diese von uns schriftlich bestätigt werden.

Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

Der Auftraggeber steht dafür ein, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer gefertigten Gutachten, Entwürfe und Berechnungen sowie Berechnungsdateien nur für eigene Zwecke des Auftraggebers verwendet werden.

Die Weitergabe der Gutachten, Entwürfe und Berechnungen sowie Berechnungsdateien an Dritte bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

Auftragsbedingungen

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit gelten – auch im Verhältnis zu Dritten – die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften aktuell in der Fassung vom 1. Januar 2017, die Sie mit der Annahme des Angebotes ausdrücklich anerkennen.

Schriftform

Änderungen und Ergänzungen dieses Angebotes bedürfen der Schriftform.

Gültigkeit des Angebotes

Das Angebot behält seine Gültigkeit bis zum 31. Dezember 2017.

Sofern es zur Auftragserteilung kommt, bitten wir zum Zeichen Ihres Einverständnisses mit der beigefügten Auftragsbestätigung das Zweitexemplar dieses Schreibens unterzeichnet zurück.

Dreieich, 3. November 2017

Mit freundlichen Grüßen

Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

i. V.


Markus Kellner

Anlage

Einverständniserklärung des Auftraggebers (Bitte nicht vom Anschreiben abtrennen.)

Mit dem vorstehenden Auftragsinhalt und insbesondere der darin enthaltenen Vergütungsvereinbarung sowie den erwähnten Allgemeinen Auftragsbedingungen sind wir einverstanden.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift(en) Auftraggeber

Anlagen

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtet werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

50261
09/2016

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.